

Stellungnahme des Deutschen Frauenrats zur 59. Sitzung der UN-Frauenrechtskommission (New York, 9. bis 20. März 2015) zum Bericht über die Erklärung von Peking und die Aktionsplattform

Im Jahr 2015 wird die internationale Gemeinschaft den 20. Jahrestag der 4. Weltfrauenkonferenz und der Aktionsplattform von Peking, einem elementaren Menschenrechtsinstrument für Frauen und Mädchen, das 1995 verabschiedet wurde. Das ist eine hervorragende Gelegenheit, die Umsetzung der Pekinger Aktionsplattform zu bewerten, eine Bilanz der Fortschritte zu ziehen, einen Blick auf die verbliebenen Herausforderungen zu werfen und die Chancen für den Weg der Frauen hin zu Empowerment und Gleichstellung herauszustellen.

In seiner Bewertung der Umsetzung der Pekinger Aktionsplattform stellt der Deutsche Frauenrat fest, dass die letzten 20 Jahre grundlegende Fortschritte für die Gleichstellung von Frauen und die Umsetzung der Geschlechtergleichheit gebracht haben. Dies ist hauptsächlich dem unermüdlichen Kampf der Frauen für ihre Rechte und für Gleichstellung von Frauen und Männern überall auf der Welt zu verdanken.

Dennoch, wenn es darum geht, die Verpflichtungen zu Frauenrechten und Geschlechtergerechtigkeit, die im Jahr 1995 in Peking eingegangen wurden zu erfüllen, ist das Ziel noch nicht erreicht. Es ist noch ein langer Weg hin zur vollständigen Verwirklichung von Geschlechtergerechtigkeit im täglichen Leben von Frauen und Männern, frei von Geschlechterstereotypen und Diskriminierung, frei von Gewalt gegen Frauen und Mädchen, zur gerechten Verteilung der Lohnarbeit und der unbezahlten Familienarbeit und zum gleichberechtigten Zugang zu Arbeitsmärkten und Produktionsmitteln. Obwohl Geschlechtergerechtigkeit ein Herzstück demokratischer Gesellschaften sein sollte, ist sie noch nicht Realität – nirgendwo auf der Welt.

Es bleibt noch viel zu tun, um die Versprechen, die in der Aktionsplattform von Peking sowie in den Handlungsempfehlungen für die zwölf Hauptproblembereiche gemacht wurden, zu erfüllen. Der Deutsche Frauenrat möchte einige Anmerkungen zu den aktuellen Herausforderungen machen, die die Umsetzung und das Erreichen von Geschlechtergerechtigkeit und Empowerment von Frauen in den folgenden strategischen Zielen der Aktionsplattform betreffen: Frauen und Wirtschaft, Frauen und Armut sowie Frauen in Macht- und Entscheidungspositionen.

Die wirtschaftliche Unabhängigkeit von Frauen ist von entscheidender Bedeutung, um Frauen zu befähigen, in ihrem Leben Entscheidungen auf Augenhöhe mit Männern zu treffen und juristische und faktische Gleichstellung der Geschlechter zu erreichen. Die Vollendung der ökonomischen Unabhängigkeit der Frauen ist eine grundlegende Voraussetzung, um Armut und soziale Isolierung zu verhindern. Frauen sind besonders verwundbar, wenn sie mehrfache und einander überschneidende Formen von Diskriminierung erleben, die auf ihrem Aufenthaltsstatus, ihrer ethnischen Herkunft, Behinderung, Alter, Religion oder Glaubenszugehörigkeit und sexueller Orientierung beruhen.

Um die Abhängigkeit der Frauen von ihren Partnern und/oder dem Staat zu durchbrechen, muss die Individualisierung der Sozialversicherung und der Besteuerung garantiert werden. Dennoch ist die reale und vollständige wirtschaftliche Unabhängigkeit der Frau noch nicht Wirklichkeit in Deutschland und es besteht immer noch ein breiter Graben zwischen der de jure und der de facto Situation: Das Grundgesetz garantiert die juristische Gleichstellung von Frauen und Männern. Theoretisch haben sie gleiche Möglichkeiten, aber es gibt immer noch fortdauernde Geschlechterunterschiede, wenn es um den Zugang zu Arbeitsmarkt, Entlohnung, Armutsrisiko, Renten und unbezahlte Arbeit geht.

In Deutschland unterscheidet sich der Lebensweg von Frauen und Männern immer noch stark. Frauen unterbrechen ihre bezahlte Arbeit öfter und für einen längeren Zeitraum als Männer. Sie arbeiten weniger Wochenstunden auf der Basis geringerer Entlohnung und arbeiten öfter in prekären Beschäftigungsverhältnissen (z.B. Minijobs). Minijobs werden meist von Frauen angenommen und basieren auf einer Gesetzgebung, die davon ausgeht, dass es eine Kategorie von Arbeitnehmern mit Niedriglöhnen geben muss (weniger als 450 Euro im Monat), denen der Zugang zur Sozialversicherung verwehrt ist. Eine andere gesetzliche Regelung, die die Rahmenbedingungen für Minijobs setzt, ist das Gesetz zu Steuerklassen.

Eine neue Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) auf der Basis von Einkommens- und Steuerstatistiken zeigt, dass die Einkommen und Vermögen von Frauen um 50% niedriger sind als die von Männern und dass Frauen sogar höhere Steuern auf vergleichbare Einkommen zahlen müssen. Das hängt mit den ungleichen Steuertarifen und dem Ehegattensplitting zusammen.

Der Zugang zu einem ausreichenden Einkommen, das einen unabhängigen Lebensunterhalt und Vermögensaufbau sichert, ist für Frauen schwieriger zu erreichen als für Männer. Dies wird durch die derzeitige Geschlechterdiskrepanz bei der Bezahlung von 22% deutlich (zum Vergleich: in der EU beträgt diese Diskrepanz 16%). Dabei steigt die Einkommensdiskrepanz sogar noch, wenn man das Alter und die hierarchische Position von Frauen in Unternehmen und Betrieben berücksichtigt. Besonders die Berufe im sozialen Bereich, die meist von Frauen gemacht werden, wie Kinderbetreuung oder Pflege werden viel schlechter bezahlt als die männerdominierten Berufe.

Die Tatsache, dass Frauen mehr und mehr auf dem Arbeitsmarkt präsent sind (von 60% im Jahr 2005 bis 71,5% im Jahr 2012) wird im Allgemeinen als eine positive Entwicklung für die wirtschaftliche Macht von Frauen gefeiert. Diese Zahlen lassen außer Acht, dass viele Frauen in Deutschland Teilzeit und in prekären und atypischen Arbeitsverhältnissen arbeiten. Auf dieser Basis ist es missverständlich, eine Erfolgsgeschichte von der bloßen Steigerung der Erwerbsquote herzuleiten, weil diese Zahlen nicht in Vollzeitstellen umgerechnet wurden; erst das würde den absoluten Umfang der weiblichen Arbeitszeit anzeigen.

Der Prozentsatz von Frauen in Managementfunktionen entspricht nicht ihrer Anwesenheit in der Arbeitswelt und ihrem hohen Bildungs- und Ausbildungsgrad. Frauen sind besonders bei den Spitzenpositionen im Management und in den Aufsichtsräten unterrepräsentiert. Weib-

liche Aufsichtsratsmitglieder gibt es immer noch nur in einem von fünf deutschen Großunternehmen. Die Managementtagen sind in Deutschland immer noch eine vorwiegend männliche Monokultur. Nur 4% der Mitglieder in den Geschäftsführungen und 15% der Aufsichtsratsmitglieder der 200 größten deutschen Unternehmen sind weiblich. Auch in Führungspositionen in Verwaltung und Wissenschaft sind Frauen immer noch unterrepräsentiert.

Der Geschlechterunterschied in Lebensweg und Einkommen führt zu einer Geschlechterdisparität bei den Renten von 59,6%; das bedeutet, dass Frauen im Alter weniger als 59,6% Einkommen haben als Männer (im EU-Vergleich sind es 39%). Das ist fast drei Mal so viel wie die Geschlechterdiskrepanz bei der Bezahlung! Die Geschlechterdisparität bei den Renten zeigt, dass die Ungleichheiten sich im Laufe eines Frauenlebens ansammeln. Altersarmut ist eine schmerzliche Erfahrung von vielen Frauen, die sich unbezahlter Arbeit in der Kindererziehung und Pflege gewidmet haben. Das Einkommen von Müttern sinkt mit der steigenden Zahl ihrer Kinder. Das hängt damit zusammen, dass sie nur begrenzten Zugang zu bezahlter Arbeit während der Erziehungszeiten haben, jedes Kind bedeutet 50 Euro weniger Rente.

Wir können zusammenfassen, dass die Aktionsplattform von Peking in den oben genannten Hauptproblembereichen wie eine aktuelle Forderung an die gegenwärtige Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik in Deutschland gelesen werden kann. Die ökonomische Unabhängigkeit der Frauen ist schließlich noch lange nicht erreicht und viele Frauen verbleiben in einem Abhängigkeitsverhältnis. Im Gegenteil: die gesetzlichen Rahmenbedingungen, die auf dem Modell des „männlichen Ernährers“ beruhen, hindern Frauen daran, wirtschaftlich unabhängig zu werden und erlauben ihnen nur einen beschränkten Zugang zu guter Arbeit und dem sozialen Sicherungssystem. Das resultiert aus einem nach Geschlechtern getrennten Arbeitsmarkt und der Überrepräsentation von Frauen bei der unbezahlten Betreuungsarbeit.

Wir wünschen uns, dass dieser Peking+20-Berichtsprozess der Aktionsplattform von Peking auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene und die bevorstehende post-2015 Entwicklungs-Agenda einen wichtigen Beitrag zu Schutz und Sicherung der Frauenrechte, Empowerment von Frauen und dem Erreichen von Gleichstellung von Frauen und Männern leistet. Gleichstellungspolitik muss verstärkt werden, besonders, wenn man die wachsende antifeministische Bewegung betrachtet, die die erfolgreiche Umsetzung von Geschlechterpolitik, Erklärungen und Instrumente der letzten 20 Jahre bedroht. Ausreichende personelle und finanzielle Ressourcen für Geschlechterpolitik und Strukturen, die die Gleichheit von Frauen und Männern auf allen Ebenen zum Ziel haben, müssen gesichert werden.

Es ist noch ein langer Weg hin zu einer substanziellen und nachhaltigen Gleichheit zwischen Frauen und Männern. Die Enttäuschung und Frustration vieler Frauen wächst, weil ihre Stimmen nicht ernsthaft in Betracht gezogen werden, wenn sie etwas fordern, das eine Selbstverständlichkeit sein sollte: Geschlechtergerechtigkeit. Wir wollen nicht weitere 20 Jahre warten, um die Geschlechterkluft zu überbrücken.